

Pro Bildungsurlaub:
Antragsentwürfe für
gewerkschaftliche
Organisationswahlen
von Sprecherrat der Freien
im Forum Politische Bildung
des DGB-Bildungswerkes
Bund e.V.- Donnerstag, 10.
Oktober 2013

Wir haben vereinbart, dass wir Anträge bei den anstehenden gewerkschaftlichen Organisationswahlen anregen wollen. Zur Zeit müssen die Anträge für den DGB-Bundeskongress (am 14. Mai 14) über die örtlichen, bezirklichen, regionalen Gremien von DGB und Einzelgewerkschaften eingebracht werden. Unser Ziel ist es unser Anliegen möglichst breit in die gewerkschaftliche Diskussion zu bringen, d.h. das über Bildungsurlaub in den Gewerkschaften diskutiert wird.

Wir bitten euch jetzt alle dringend, wo immer ihr gewerkschaftliche Ansprechpartner/innen (ver.di, ig metall...alle Einzelgewerkschaften, dgb-Gremien - ehrenamtlich oder hauptamtliche Aktive) habt, diese auch zu bitten, Anträge in den jeweiligen Gremien zum DGB-Bundeskongress einzubringen.

Ihr könnt dazu unseren Entwurf benutzen, dieser kann natürlich verändert, erweitert, neu formuliert werden, was immer... - wichtig es muss nur ein Antragstext überhaupt schnell eingebracht werden.

Und wenn ihr neue Antragstextvorschläge habt, stellt sie hier ein, damit diese auch weiter verbreitet werden können.

Antragsvorschlag:

Antrag von zum DGB-Bundeskongress:

Förderung der politischen Bildung durch die Stärkung der Arbeitnehmerweiterbildung für Mitglieder und alle ArbeitnehmerInnen

Der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB unterstützt die politische Arbeitnehmerinnen und Mitgliederbildung durch die Stärkung der Arbeitnehmerweiterbildung („Bildungsurlaub“ in den einzelnen Bundesländern) in den Gewerkschaften und in der ganzen Gesellschaft auf allen Ebenen. Seit Jahren ist ein schleichender Bedeutungsverlust dieses Bildungsbereichs in der Gesellschaft, aber auch in den Gewerkschaften selbst festzustellen. Seit Jahren ist gerade die Arbeitnehmerweiterbildung Angriffen des



Unternehmerlagers ausgesetzt. Der DGB mit den Einzelgewerkschaften und das DGB-Bildungswerk Bund e.V. entwickeln ein Konzept, wie dieser Bildungsbereich in der Gesellschaft und in den Gewerkschaften gestärkt und damit zukunftsfähig gefördert werden kann. Ein Abbau der (bestehenden) betreffenden Bildungsangebote darf nicht stattfinden.

Begründung:

Die Arbeitnehmerweiterbildung mit dem in den meisten Bundesländern verankerten „Bildungsurlaub“ ist eine wesentliche Errungenschaft auch gewerkschaftlichen Engagements in den siebziger Jahren für eine demokratische Gesellschaft. Für ArbeitnehmerInnen ist dieses Angebot die Chance, über wesentliche Entwicklungen der Gesellschaft Informationen zu bekommen, diese im Austausch mit KollegInnen zu reflektieren und sich individuell und gesellschaftlich zu orientieren und zu verorten. Gesellschaftliche Kritik- und Urteilsfähigkeiten werden so erworben, die für die Demokratie unverzichtbar sind. Diese Bildungsprozesse fördern den Mut für eigenes gesellschaftliches Handeln und fördern Solidarität sowie politische Handlungs-Beteiligungsoptionen, die nicht nur für die Gewerkschaften, sondern alle demokratischen Organisationen und Strukturen elementar sind. Zudem schaffen diese Bildungsangebote Begegnungsmöglichkeiten und Diskurse zwischen der gewerkschaftlichen Organisation, der Mitglieder und auch nicht Organisierten. Das sind nötige Kommunikationsmöglichkeiten auch für gewerkschaftliche Zukunftsdiskurse in den permanenten gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Damit dieser Bildungsbereich fortentwickelt werden kann, sind sowohl innergewerkschaftlich, wie gesamtgesellschaftlich die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ein Abbau von Ressourcen ist damit nicht vereinbar.

Weitergehende Überlegungen:

**Vorschlag Antragstexte für Gewerkschaftstage der
(..ver.di..., .. IG Metall.., NGG usw.,
DGB...Bundeskongress)**

Bitte um Mitarbeit an den Entwürfen



Antrag 1: Bildungsurlaub und Bildungswerbung

Ziel: Gemeinsame Offensive/Kampagne der (..ver.di..) im Verbund mit den anderen DGB Mitgliedsgewerkschaften **für die Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs** auf allen Organisationsebenen der (..ver.di), in den eigenen Internet- und Printmedien, in den eigenen Häusern (Verwaltungsstellen, Bildungszentren) der (..ver.di..), in den Betrieben durch Vertrauensleute und die Betriebs- bzw. Personalräte der (..ver.di..).

Die Werbung für die Inanspruchnahme des Rechtes auf Bildungsurlaub wird mit der konkreten Bildungswerbung für die Angebote der (..ver.di..) und der gewerkschaftlichen bzw. gewerkschaftsverbundenen Träger (DGB-Bildungswerk Bund, DGB-Bildungswerke in einigen Bundesländern, Arbeit und Leben) mit Ansprache von Personengruppen und dem einzelnen Mitglied (aufsuchende Bildungswerbung) verbunden.

Bildungswerbung ist als kontinuierliche Aufgabe in die Arbeit der Organisation, insbesondere der Gewerkschaftssekretäre, Vertrauensleute und Betriebs- bzw. Personalräte zu integrieren. Dazu bedarf es des kontinuierlichen Erfahrungsaustausches über die Arbeitsweise und die Ergebnisse der Bildungswerbung.

Mit der Bildungswerbung sollen alle Gewerkschaftsmitglieder, einschließlich der außerbetrieblich Organisierten und der nachberuflichen Gewerkschaftsmitglieder erreicht werden.

Die (..ver.di...) setzt sich gemeinsam mit den DGB-Mitgliedsgewerkschaften für die kontinuierliche und

öffentliche Arbeit eines gemeinsamen Forums
„Politische Bildung der Gewerkschaften im Rahmen
der Arbeitnehmerweiterbildung“ ein.

2015/2016 soll eine Tagung des Ausschusses
„Gewerkschaften als Akteure für Demokratie –
Politische Bildung als Arbeitnehmer- und
Bürgerrecht“ in Verantwortung des DGB-
Bundesvorstandes und der Vorstände der
Einzelgewerkschaften, organisiert durch das DGB-
Bildungswerk Bund e.V. stattfinden.

Begründung:

Antrag 2: Bildungsurlaub in die Landesgesetzgebung

1. Die (..ver.di...) setzt sich gemeinsam mit den DGB-Mitgliedsgewerkschaften für Bildungsurlaubsgesetze in jenen Bundesländern ein, die bisher solche Arbeitnehmerrechte nicht gewähren.
2. Die (..ver.di...) setzt sich gemeinsam mit den DGB-Mitgliedsgewerkschaften dafür ein, dass die Unternehmen und die Länder sich an den Kosten für den BU beteiligen. Langfristig soll erreicht werden, dass das lebensbegleitende Lernen für alle ArbeitnehmerInnen auf geeignete Weise gefördert wird, unabhängig von der Betriebsgröße und dem aktuellen Erwerbsstatus (Erwerbslosigkeit, Nachberuflichkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse). Dieses Ziel kann in Tarifverträgen und Landes- und Bundesgesetzen verankert werden.

3. Die (...ver.di...) setzt sich gemeinsam mit den DGB-Mitgliedsgewerkschaften dafür ein, dass keine weiteren Novellierungen erfolgen, die den Zugang zum BU und die Inanspruchnahme zeitgemäßer Formen der politischen Erwachsenenbildung (Lernen vor Ort, biografisches Lernen, internetunterstütztes Lernen...) erschweren bzw. verschlechtern.

Begründung:...

Antrag 3: Politische Bildung als gemeinsamer Mitgliederservice der DGB-Mitgliedsgewerkschaften im Rahmen der Arbeitnehmerweiterbildung (Bildungsurlaub) durch das DGB-Bildungswerk Bund e.V. ausbauen

Die (...ver.di...) setzt sich gemeinsam mit den DGB-Mitgliedsgewerkschaften für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Politischen Bildung beim gemeinsam finanzierten Träger DGB-Bildungswerk Bund ein.

Das heißt im Einzelnen:

- a) Zielgruppen und Inhalte/Themen
- b) Qualitative Entwicklung der Angebote...
- c) Quantitative Entwicklung der Angebote...
- d) Gemeinsame Bildungswerbung , u.a. im Rahmen der Angebote des Mitgliederservice
- e) Erarbeitung und Erprobung **neuer Beteiligungsformen** der TeilnehmerInnen/InteressentInnen und der Teamenden für die Entwicklung der Angebote des DGB-Bildungswerkes Bund e.V.



(Nachfrageorientierung)

f) Ausbau des DGB-Bildungswerkes Bund e.V. als gemeinsames Zentrum des Erfahrungsaustausches und der Weiterbildung der hauptberuflichen, freiberuflichen und ehrenamtlichen Teamenden. (Weiterbildung in Kooperation mit den bereits vorhandenen Angeboten der ver.di und ...)

g) Erarbeitung von Standards für die Beschäftigten in der Politischen Bildung des DGB-Bildungswerkes, sowohl der Freiberuflichen (besser prekär **Beschäftigten**), etwa zu den Feldern Einbeziehung in die Arbeitsweise des Trägers der Politischen Bildung, Arbeitsbedingungen, Erfahrungsaustausche, Weiterbildung, QM, Auftragsvergabe, Honorarverträge, Interessenvertretung)

Begründung:

Solidarische Leistung der Mitgliedsgewerkschaften im DGB, um Mitgliedern aller Gewerkschaften und Nicht-Mitgliedern die **gemeinsame** Teilhabe an gewerkschaftnahen Angeboten der politischen Bildung zu ermöglichen...

Bereitstellung eines gemeinsamen, offenen und geschützten Lernraums für politisches Lernen, für Dialog und persönlichen Orientierungsgewinn – orientiert an ArbeitnehmerInneninteressen - in der jeweils aktuellen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Situation in Deutschland, Europa und global...

Lernorte, für das Gespräch und gemeinsame Lernen zwischen KollegInnen aus verschiedenen Arbeits- und Lebenswelten, mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen, formalen Bildungsgraden und Arbeits-

und Lebenserfahrungen.